

Datum: 13.09.2011

Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt empfiehlt:

Schuldenbremse als letzte Chance Gemeindehaushalte zu sichern

Magdeburg.- Mit einer bisher bundesweit einmaligen Empfehlung hat sich Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund (SGSA) an seine Mitglieder gewandt. Den Städten und Gemeinden wird empfohlen, keine neuen Kredite aufzunehmen und den Bestand der Kassenkredite auf dem bisherigen Stand einzufrieren. Der Grund: Die geplanten Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich drohen die Städte und Gemeinden in eine zusätzliche Verschuldung zu treiben.

SGSA-Präsident Norbert Eichler, Bürgermeister von Haldensleben, und Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, ebenfalls Präsidiumsmitglied, haben am Dienstag in Magdeburg die Empfehlung des SGSA erläutert. „Wir geben eigentlich nur die aktuelle Rechtslage wieder,“ betonte Norbert Eichler. „Vor dem Hintergrund der anhaltend schlechten Einnahme-Entwicklung wäre jede weitere Verschuldung der Städte und Gemeinden nicht mehr zu verantworten.“

„Die Stadt Magdeburg hat in den letzten Jahren ständig konsolidiert und ihren Haushalt in Ordnung gebracht. Ergebnis ist heute, dass uns die Einnahmen für die Konsolidierung gegengerechnet werden und alle unsere Einsparungen zu einer weiteren Verschärfung unserer Haus-

haltslage beitragen,“ erläutert Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper. „Wie sehen kein Licht am Ende des Tunnels.“

Sachsen-Anhalts Städte und Gemeinden, die neben dem Finanzausgleich vor allem auf die kommunalen Steuern und die kommunalen Abgaben angewiesen sind, sehen vor allem mit Sorge, dass die Steuerkraft schon seit Jahren stagniert. „Bei 55 bis 60 Prozent des Westniveaus können wir aus eigener Kraft nicht 100 Prozent der Dienstleistungen und Vorhaltekosten der Infrastruktur leisten,“ betont Norbert Eichler. „Wir müssen dem Bürger sagen, dass es jetzt an das Eingemachte geht und wir auch liebgewonnene freiwillige Leistungen nicht mehr erbringen können,“ meint Oberbürgermeister Dr. Trümper.

„Die Diskussion um den Kommunalen Finanzausgleich ist eine Diskussion der Finanzfachmänner in ihrem Elfenbeinturm,“ betonen beide Verwaltungschefs. „Es geht um das, was wir für unsere Bürger noch leisten können. Statt immer neue Standards und kostenträchtige Verwaltungsverfahren vorzugeben, sollte das Land vielmehr Gestaltungsspielräume im Interesse der Bürger öffnen,“ betonten Dr. Trümper und Eichler.

„Wir verstehen uns als Anwälte unserer Bürger und ein guter Anwalt muss einem Mandanten auch sagen, wenn etwas nicht mehr geht. Deshalb sagen wir heute: Bleibt der Finanzausgleich so wie angekündigt, werden wir viele Zuwendungen und Hilfen für Bürger, Vereine und Einrichtungen kürzen oder einstellen müssen,“ da sind sich Eichler und Trümper einig.

Weitere Kreditaufnahmen lassen sich vor allem vor dem Hintergrund der Forderung nach einer dauernder Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune kaum mehr rechtfertigen. Alle Gemeindeordnungen – auch die sachsen-anhaltische – schränken Kreditaufnahmen ein mit dem Hinweis: „*Die daraus übernommenen Verpflichtungen müssen mit der*

dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen“
(§ 100 Abs. 1 GO-LSA). Für die Bürgermeister ist das Richtschnur bei
der Haushaltsaufstellung.